

Windkraft-Diskussion steckt in der Sackgasse

Kompromissvorschlag stellt weder Anwohner noch Investoren zufrieden. Politik vertagt Entscheidung

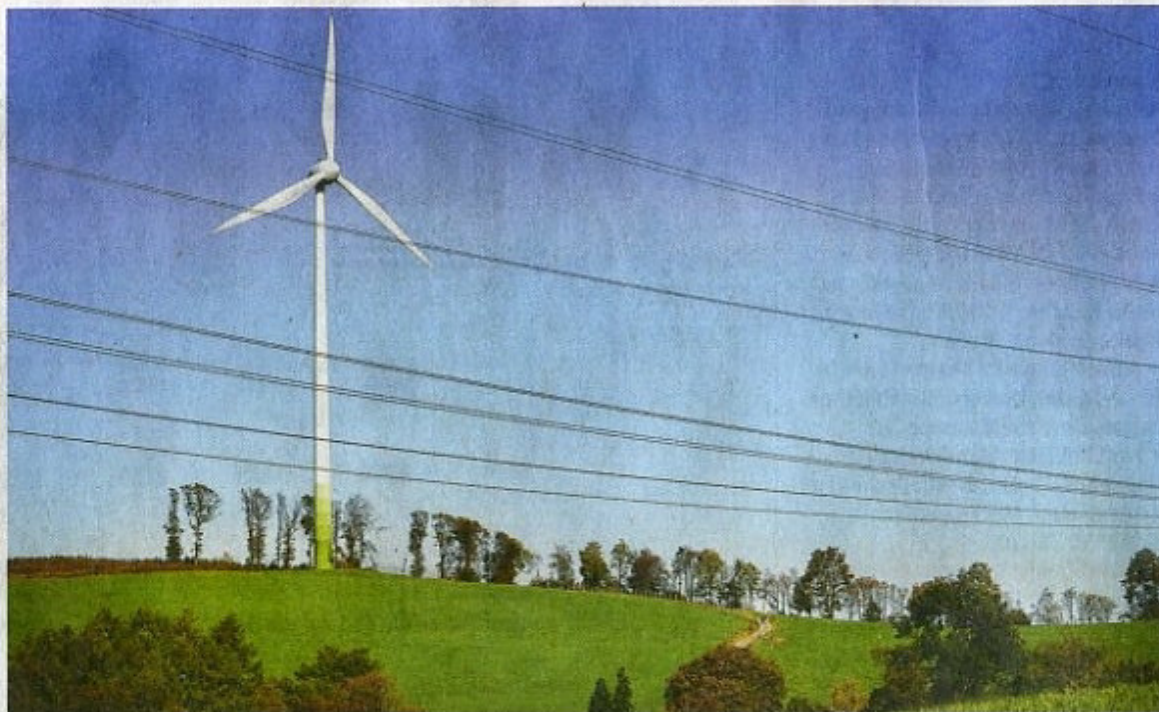
Von Jens Stubbe

Hagen. Es wird viel Wind gemacht um die Windkraft dieser Tage. Weil die Verwaltung mit einer Vorlage zum Thema durch Bezirksvertretungen und Ausschüsse zieht. Dabei steckt die Diskussion in einer Sackgasse.

„Dahinter steckt ja keine Willkür.“

Frank Schmidt, Bürger für Hohenlimburg zu den Abstandsregelungen, die die Bezirksvertretung beschlossen hat.

„Es handelt sich bei unseren Vorschlägen um einen Kompromiss“, wie Martin Bleja, zuständig für Stadtentwicklung, in einer Dauerschleife erklärt, „einer, der weder die Anwohner noch die Investoren zufriedenstellt.“ Beide Lager waren zuletzt in unserer Zeitung immer wieder zu Wort gekommen. Die einen, weil sie immer noch fürchten, dass die Windkraftanlagen, die auf den Höhen im Hagener Süden bzw. in Hohenlimburg entstehen, zu nah an ihre Häuser heranrücken. Die anderen, weil sie als Grundbesitzer ein Bürgerwindrad errichten wollen und fürchten, dass sich ihre Pläne nicht mehr realisieren lassen, wenn die Fläche, auf der sie ein Windrad bauen können, durch größere Ab-



Mehrere Windräder drehen sich bereits auf den Höhen im Hagener Süden. Jetzt sollen Konzentrationszonen ausgewiesen werden. Streit gibt es um die Abstände der Zonen zur Wohnbebauung.

FOTO: MICHAEL KLEINRENSING

stände weiter schmilzt. Besonders laut ist der Widerstand in Hohenlimburg. Und im Gegensatz zum Hagener Süden hat hier auch die Politik die Verwaltungsvorlage abgelehnt, die jetzt einen Abstand des Randes der Konzentrationszone von 750 Metern zu allgemeinen Siedlungsbereichen, von 550 Meter zu Dorf- und Mischgebieten und 400 Metern zu Außenbereichen vorsieht. „Trotzdem“, sagt Martin

Bleja, „kann man nicht einfach hergehen, und für Hohenlimburg größere Abstände festlegen als für Dahl. Das geht nur, wenn es sachlich zu rechtfertigen ist. Momentan können wir aber keine Gründe erkennen.“

Stadt droht, Einfluss zu verlieren

Das Problem: Werden die Abstände der Konzentrationszonen zur Wohnbebauung so groß festgelegt,

dass faktisch kaum noch Flächen übrig bleiben, verliert die Stadt ihre Einflussmöglichkeiten. Einzelanlagen könnten dann nach dem Bundesemissionsschutzgesetz genehmigt werden. Die Politik wäre außen vor. „Wir sollten nicht mit Gewalt etwas durchdrücken“, so Grünen-Vertreter Hans-Georg Panzer im Stadtentwicklungsausschuss. „Aber wir müssen aufpassen, dass wir unsere Steuerungsmöglichkei-

Keine Landesvorgaben

■ Seit November 2015 gibt es in Nordrhein-Westfalen einen neuen **Windenergie-Erlass**.

■ Im Gegensatz zu anderen Bundesländern schreibt NRW darin **keine Mindestabstände** vor.

■ Die muss jede **Kommune** für sich festlegen und begründen.

■ Die Verwaltung bezieht sich bei ihren Vorschlägen auf eine **optisch bedrängende Wirkung** und auf Lärm.



ten nicht verlieren.“ Abstände von bis zu 1000 Metern hatte die Bezirksvertretung Hohenlimburg beschlossen: „Dahinter“, so Frank Schmidt (Bürger für Hohenlimburg), „steckt ja keine Willkür. Wir beziehen uns auf Regelungen, die in anderen Bundesländern gelten.“

Fest steht: Kommen die Konzentrationszonen, werden die Windräder mittelfristig nicht wesentlich mehr. Denn nur eine von zehn bestehenden Anlagen liegt noch innerhalb einer möglichen Konzentrationszone und könnte nach Ablauf der Genehmigung nach 20 Betriebsjahren erneuert werden.